

# Nänikon will Uster den Rücken kehren und sich Greifensee anschliessen

Ausgerechnet der ehemalige Ustermer Stadtpräsident treibt den Gemeindefusionen voran

STEFAN HOTZ

Der Name des Komitees «Pro 8606» ist Programm. Die Ziffern stehen seit 1964 für die Postleitzahl von Greifensee, Nänikon und Werrikon. Auch einen gemeinsamen Bahnhof gibt es. Nänikon und der Weiler Werrikon mit zusammen etwa 3000 Einwohnerinnen und Einwohnern gehören aber zur Stadt Uster. Jetzt wollen sie sich Greifensee anschliessen. Gemeindefusionen gab es im Kanton Zürich in den letzten Jahren mehrere. Eine Grenzverschiebung in diesem Ausmass wäre ein Novum.

In den Näniker Köpfen hat sie bereits stattgefunden. Vor genau einem Jahr, am 27. März 2022, nahmen 92 Prozent der Stimmenden in Greifensee, Nänikon und Werrikon eine Einzelinitiative an. Ihr Ziel: Der Zusammenschluss der beiden Ustermer Ortsteile mit Greifensee sei zu prüfen. Dieser unmissverständliche und beiderseitige Wunsch ging damals etwas unter, weil am gleichen Tag fast im ganzen Kanton Kommunalwahlen stattfanden.

Möglich war die Abstimmung über die Grenze von zwei politischen Gemeinden hinweg, weil die drei Dörfer seit 1895 eine gemeinsame Oberstufenschulgemeinde bilden. Um diese findet schon lange ein Seilziehen statt. Seit Anfang 2022 ist die Situation rechtswidrig. Damals lief die Frist ab, um Schulgemeinden mit den politischen Gemeinden räumlich in Übereinstimmung zu bringen. Gemäss dem neuen Gemeindegesetz dürfen sich Schulgemeinden zwar über mehrere politische Kommunen erstrecken. Aber jeweils nur über ganze Gemeinden, nicht mehr wie in Nänikon lediglich über ein Teilgebiet.

## Es geht nicht um den Steuerfuss

Der Schulstreit hat Nänikons Wunsch nach dem Gemeindefusionen aktualisiert. Er ertönte schon einmal vor über zwanzig Jahren wegen Problemen der Primarschule. Inzwischen hat sich die Diskussion erweitert. Das liegt auch daran, dass der bekannteste Vertreter und Sprecher des Komitees «Pro 8606» Martin Bornhauser heisst. Der seit bald fünfzig Jahren in Nänikon wohnhafte Sozialdemokrat war 2000/01 Präsident des Kantonsrats, ab 2002 für vier Jahre Sozialvorsteher von Uster und danach acht Jahre lang Stadtpräsident.

Wie kommt er im Alter von 73 Jahren dazu, sich für die Abspaltung eines Teils seiner Stadt einzusetzen? Er habe schon lange gespürt, dass in der Näniker Bevölkerung der Wunsch nach dem Wechsel zu Greifensee bestehe und zunehme. «Als Politiker muss man das aufnehmen», sagt Bornhauser in seinem zum Wohnsitz umgebauten Bauernhaus mitten in Nänikon.

Er betont jedoch sofort, Uster sei eine tolle Stadt, für die er sich gerne viele Jahre eingesetzt habe. Es gehe weder um finanzielle Fragen noch um den Steuerfuss. Nänikon und Greifensee seien nicht nur räumlich zusammengewachsen, sondern sie seien sich einfach näher. «Uster versteht sich als urban, Nänikon ist und bleibt ländlich. Wer hier das Urbane sucht, geht nach Zürich, nicht nach Uster», sagt Bornhauser. Mit Greifensee bestünden eine bauliche Verzahnung und eine tiefe soziokulturelle Verbindung.

Deshalb erhielt die Frage der Schule eine hohe Bedeutung. Die Jugendlichen aus beiden Dörfern besuchen das gleiche Sekundarschulhaus, es gibt gemeinsame Sportklubs und Vereine. Da entwickeln sich Freundschaften, die lange halten. Es gehe nun darum, die politischen Strukturen und die gemeinsamen Kulturen zusammenzuführen, sagt der frühere Jugendanwalter.

Hätte er da nicht seinerzeit als Stadtpräsident ausgleichend wirken können oder sogar müssen? Er habe es ein paar Mal erfolglos versucht, antwortet Bornhauser. Aber die Oberstufen-



Martin Bornhauser vor dem Gedenkstein auf der Bluetmatt in Nänikon. Er erinnert an die im Zürichkrieg 1444 hingerichteten Verteidiger von Greifensee. DOMINIC STEINMANN FÜR NZZ

schulpflege Nänikon-Greifensee habe kategorisch abgeblockt. Und warum nicht gerade Uster und Greifensee fusionieren? Dieser Schritt wäre laut Bornhauser zu gross.

Dass Uster als drittgrösste Zürcher Stadt keine Einheitsgemeinde ist, sondern unfreiwillig eine eigenständige Sekundarschulgemeinde unterhalten muss, ist allerdings ein Anachronismus. Schon 2008 beauftragten alle Fraktionen des Stadtparlaments den Präsidenten der Sekundarschule, Gespräche mit seinem Amtskollegen von Nänikon-Greifensee aufzunehmen, um die Oberstufe zusammenzuführen. Er blieb wie erwartet erfolglos, da die Gegenseite keinen Grund für Verhandlungen sah.

## Der Wunsch ist legitim

2021 stellte der Bezirksrat Uster in Aussicht, die Grenzberichtigung der Schulgemeinde als sogenannte Ersatzvorname durchzusetzen, um dem Gemeindegesetz Genüge zu tun. In Nänikon und Greifensee war man alarmiert, auch Martin Bornhauser. «Die Oberstufenschulgemeinde einfach entzweischneiden, wäre schlimm. Das geht nicht», sagt er.

Da kam die Idee auf, die Meinung innerhalb der Schulgemeinde mittels einer Einzelinitiative auszuloten. Die Zustimmung von mehr als 90 Prozent in beiden Dörfern überraschte alle. «Nach diesem Resultat kann die Politik nicht einfach zum Alltag übergehen», stellt Bornhauser fest: «Der Wunsch von Nänikon und Greifensee, sich zusammenzuschliessen, ist legitim.»

Der Stadtrat von Uster reagierte vor einem Jahr irritiert. Eine Abspaltung sei keine Option, teilte er damals mit. Die Nachteile wären zu gross, Nänikon sei für die Entwicklung der Stadt Uster wichtig. Er wolle aber die Gründe erfahren, weshalb das so sein solle, sagt

Stadtrat beauftragt, mit der Nachbargemeinde die Rahmenbedingungen für den Gemeindefusionen auszuhandeln und verbindlich zu definieren. In einem zweiten Schritt würde der Vertrag den Stimmberechtigten von Uster und Greifensee vorgelegt.

Nun wäre der Anschluss von Nänikon auch für Greifensee mit viel Aufwand und wohl auch Kosten verbunden. Warum will sich das Gemeinderat antun? Dieser habe das Abstimmungsresultat vor einem Jahr als klaren Auftrag aufgefasst, den funktionalen Raum Greifensee - Nänikon politisch zu integrieren, antwortet die Gemeindepräsidentin Monika Keller (FDP) an der Medienkonferenz des Komitees. Greifensee müsse zunehmend in vielen Themen Nänikon gleichsam mitemdenken. Da wäre es einfacher, wenn der Ort zur Gemeinde gehörte.

Dass der Gemeinderat den Zusammenschluss als strategisches Ziel definierte, will sie nicht als unfreundlichen Akt gegenüber dem Nachbarn Uster verstanden wissen. Greifensee wolle in einen Dialog treten und offene Fragen klären, sagt Keller. Als dörfliches Siedlungsgebiet mit weniger als 10 000 Einwohnern würde die Gemeinde eine Grösse erhalten, die gut funktionierte.

## Für Uster keine Option

Der Stadtrat von Uster anerkennt in einer Mitteilung das Anliegen der Bevölkerung in Nänikon. Das Vorgehen von «Pro 8606» erachtet er ausdrücklich als legitimes demokratisches Recht. Gleichzeitig erneuert er seine Skepsis und hält wie vor einem Jahr fest, die beiden Ortsteile seien für eine erfolgreiche städtische Weiterentwicklung von Uster wichtig, auch für den Erhalt und die Förderung neuer Arbeitsplätze.

«Wir finden eine Abspaltung keine gute Idee», hält die Stadtpräsidentin Barbara Thalman (SP) auf Nachfrage fest. Sie stellt klar, dass der Stadtrat schon vor einer allfälligen Abstimmung einige Punkte klären und die Stimmberechtigten darüber informieren wolle. Für Uster sei das keine Win-win-Situation, sie rechne mit negativen Folgen insbesondere in finanzieller Hinsicht, sagt Thalman. Dass der Gemeinderat Greifensee den Gemeindefusionen als Legislativziel aufnahm, kommentiert sie nicht.

Der Hinweis auf Finanzen und Arbeitsplätze zeigt, dass Nänikon und Greifensee nicht nur dörflich sind. Ein mögliches Problem hat einen Doppelnamen: Mettler Toledo. Die Liegenschaften des erfolgreichen Tech-Konzerns für Präzisionswaagen und Laboreinrichtungen liegen teilweise auf dem Gebiet von Uster. Bei einem Wechsel von Nänikon würde die Stadt ihren Teil der Steuereinnahmen verlieren.

Dass der Weg steinig wird, ist dem Komitee «Pro 8606» bewusst. In Nänikon und Werrikon wohnt weniger als ein Zehntel der Einwohner von Uster. Ein Beispiel, wie man einen Gemeindefusionen in diesem Umfang vornehmen könnte, existiert nicht. 2010 forderten Bewohner von drei Aussenquartieren in Birmensdorf den Anschluss an Uster. Das Motiv lag hier indes primär im Steuergelände zwischen den beiden Kommunen. Das Anliegen scheiterte in der Gemeindeversammlung deutlich.



## 598 Millionen Franken für ein neues Gebäude

Der Kantonsrat sagt Ja zu einem Bauprojekt der Universität Zürich

GIORGIO SCHERRER

Manchmal, wenn es politisch um viel geht, reden Politikerinnen und Politiker lieber über wenig. Viel: Das sind in diesem Fall die 598 Millionen Franken, die der Kanton Zürich für das Forum UZH – einen Neubau der Universität Zürich – ausgeben will. Noch nie hat der Kanton ein so teures Gebäude gebaut. Wenig: Das sind die Themen, über die der Zürcher Kantonsrat in der entscheidenden Schlussdebatte am Montag diskutierte. Da ging es um Veloparkplätze, um angeblich faule Studierende oder um die Herkunft der Bäume im geplanten Innenhof. Und lange – sehr lange – ging es um Kunst am Bau.

Domenik Ledergerber (SVP) rief irgendwann in den Saal: «Das ist ein Wahnsinnsprojekt – und wir diskutieren über Kunst!» Markus Bischoff (AL) analysierte: «Je höher der Betrag, desto tiefer der Widerstand. Über kleinere Beträge streiten wir meist lange. Jetzt geben wir in zwei Stunden 598 Millionen Franken aus. Und weil niemand wirklich dagegen ist, kapriziert man sich auf ein Detail.»

## Ein «Prunkbau», den alle wollen

Tatsächlich herrschte bezüglich der Zustimmung zum gesamten Projekt eine geradezu gespenstische Einigkeit. Ausser zwei bürgerlichen Einzelstimmen argumentierte niemand gegen den Uni-Neubau. Alle Fraktionen waren dafür.

Vertreter sämtlicher Parteien betonten die Notwendigkeit des Neubaus. Dieser sei unabdingbar, um dem absehbaren Wachstum der Studierendenzahlen Rechnung zu tragen. Die Zahlen sprechen für sich: Bis 2029 (bis dann soll der Neubau fertiggestellt sein) werden gemäss Kanton 34 500 Menschen an der Universität Zürich studieren – 18 Prozent mehr als heute. Und so sagte der Kantonsrat im Grundsatz überdeutlich Ja zum neuen Hochschulbau. Auch für die Gestaltung des Aussenraums wurden Subventionen an die Stadt Zürich im Umfang von 19 Millionen Franken genehmigt.

Diese harmonische Einigkeit löste – so schien es zumindest – bei auf Krawall gebürsteten Parlamentariern fast so etwas wie Hilflosigkeit aus. Nur so ist jedenfalls zu erklären, warum sich der Rat bald in einer absoluten Detaildebatte verlor. Dort waren dann – und man verspürte dabei fast so etwas wie Erleichterung im Parlament – die klaren Fronten plötzlich wieder da.

## «Kleinkariert und schmürzelig»

Konkret ging es um die Kunst am Bau, bei der die Bürgerlichen in letzter Minute ein Spar-Exempel statuieren wollten. 2,7 Millionen Franken waren ursprünglich dafür vorgesehen. Die SVP wollte den Betrag ganz streichen, die FDP ihn um 1,3 Millionen reduzieren. «Kleinkariert und schmürzelig» nannte das die Linke. Für den kulturellen Wert des Gebäudes, eine angenehme Lernatmosphäre und die Identifikation mit der Universität sei Kunst am Bau zentral. Rechts fand man dagegen, das Gebäude der Stararchitekten Herzog & de Meuron spreche eigentlich für sich. Letztlich sei dieses ja bloss ein «groses Schulhaus», meinte der SVP-Mann Peter Schick. Wer sich Kunst anschauen wolle, könne ja ins nahe Kunsthaus gehen.

Durchaus fragwürdig verlief schliesslich die Abstimmung über die Kürzungsanträge. Eigentlich hatten die Bürgerlichen aufgrund linker Abwesenheiten und einiger Abweichler in der EVP eine Mehrheit. Doch weil sie sich nicht auf einen Antrag geeinigt hatten, scheiterten ihre Anträge zunächst. Erst nach einer von rechts erzwungenen Wiederholung der Abstimmung setzte sich der FDP-Vorschlag durch. «Keine Sternstunde des Parlaments» sei das gewesen, befand der AL-Mann Bischoff am Ende der Debatte. Und so richtig widersprechen mochte ihm dabei niemand.